

Brüssel, den 16. Dezember 2024
(OR. en)

16977/24

POLCOM 312
FDI 82

BERATUNGSERGEBNISSE

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Delegationen
Betr.:	Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Zukunft der europäischen Investitionsschutzpolitik – Schlussfolgerungen des Rates (16. Dezember 2024)

Die Delegationen erhalten in der Anlage die Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Zukunft der europäischen Investitionsschutzpolitik, die der Rat auf seiner 4069. Tagung vom 16. Dezember 2024 gebilligt hat.

Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Zukunft der europäischen Investitionsschutzpolitik

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION UND DIE IM RAT VEREINIGTEN VERTRETER DER REGIERUNGEN DER MITGLIEDSTAATEN –

1. BETONEN, wie wichtig Abkommen auf EU-Ebene im Bereich des Investitionsschutzes sind, da sie Schlüsselinstrumente für die Gewährleistung eines kohärenten Rahmens für den Investitionsschutz in der EU darstellen;
2. ERKENNEN die Bedeutung der vom ungarischen Ratsvorsitz eingeleiteten strategischen Aussprache über die Zukunft der europäischen Investitionsschutzpolitik AN;
3. BEFÜRWORTEN die Fortführung des Dialogs im Rat, um die aktuellen Herausforderungen anzugehen, insbesondere im Zusammenhang mit der Aushandlung und dem Inkrafttreten von Investitionsschutzabkommen der EU;
4. FORDERN die Kommission dazu AUF, die Verordnung (EU) Nr. 1219/2012 so flexibel anzuwenden, dass die verhandelnden Mitgliedstaaten ihre Verhandlungen wirksam führen können und gleichzeitig die uneingeschränkte Achtung des Rechts und der Politik der EU sichergestellt wird;
5. UNTERSTREICHEN den Wert multilateraler Reforminitiativen, die in der UNCITRAL-Arbeitsgruppe III und im Rahmen des Arbeitsprogramms der OECD zur Zukunft der Investitionsschutzabkommen eingeleitet werden;
6. RUFEN dazu AUF, den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen dem Rat, der Kommission und den Mitgliedstaaten bei der Gestaltung der Investitionsschutzpolitik der EU fortzusetzen.